

Pressespiegel vom 29. bis 31.01.2011

Dresdner Neueste Nachrichten

Politiker rufen zu Mahnwache am 19. Februar vor der Synagoge auf

Christoph Stephan

Dresden. Gegen den am 19. Februar geplanten Aufmarsch tausender Neonazis in Dresden formiert sich immer mehr Protest. Die Kreisvorsitzenden von CDU und FDP, Lars Rohwer und Johannes Lohmeyer, riefen am Freitag gemeinsam zu einer Mahnwache vor der Synagoge auf. "Dies ist ein starkes und wichtiges Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt", erklärte Rohwer. "Der Schutz der Dresdner Synagoge durch die Bürger ist ein deutliches und unmissverständliches Zeichen, mit uns für Versöhnung, Frieden und Weltoffenheit in unserer Stadt einzustehen", ergänzte Lohmeyer.

Seit einigen Jahren missbrauchen Rechte das Gedenken an die Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg und relativieren die deutsche Verantwortung an Krieg, Holocaust und Völkermord. Nach Angaben der Stadtverwaltung haben Neonazis für den 12. und 13. Februar so genannte "Trauermärsche" angekündigt. Der größte werde jedoch für den darauffolgenden Sonnabend erwartet. Deshalb plant das Bündnis "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" am 19. Februar wieder Massenblockaden.

"Aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich bis jetzt schon mehr als 140 Busse angemeldet - und ein Ende ist nicht absehbar", sagt Bündnissprecherin Franziska Radtke. "Auch aus Dänemark, Schweden, Frankreich, Österreich, Italien, Polen und Tschechien erwarten wir Blockadeteilnehmer, die fest entschlossen sind, Europas größten Naziaufmarsch zu verhindern."

Mehr als 7000 Sympathisanten würden die aktuellen Nachrichten des Bündnisses auf Facebook verfolgen, 50.000 Plakate hängen in ganz Deutschland, 100.000 Exemplare einer Massenzeitung und noch einmal so viele Flyer mit dem Aufruf, nach Dresden zu kommen, wurden verteilt.

Auch Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) rief für den 19. Februar zu friedlichen Aktionen auf. Von den Massenblockaden distanzierte sie sich allerdings. Sie wolle sich an den Mahnwachen der Kirchen gegen Rassismus beteiligen.

Christian Demuth von der Initiative "Bürger.Courage" fordert von Orosz ein aktiveres Vorgehen. "Ohne das Bündnis 'Dresden stellt sich quer' würde die Stadt dem Naziaufmarsch recht hilflos gegenüberstehen", meint Demuth. Diese dürfe nicht hinter ihrem Anspruch von 2010, den Rechten keine Chance zu geben, zurückfallen, nur weil der Großaufmarsch der Nazis diesmal nicht am symbolträchtigen 13. Februar stattfinden soll.

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/13-februar/politiker-rufen-zu-mahnwache-am-19-februar-vor-der-synagoge-auf/r-13-februar-a-19968.html>

Sächsische Zeitung

Urteil verteidigt Recht auf Demonstration

Von Karin Schlottmann

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden muss die Polizei in diesem Jahr Nazis und Blockierer trennen.

Für die Initiatoren der Blockaden, darunter das Bündnis „Dresden-nazifrei“, steht fest: Sie haben den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 verhindert. Angesichts der vielen Tausend Protestierer hatte sich die Polizei nicht in der Lage gesehen, gegen die Blockaden vorzugehen. Auch in diesem Jahr soll es deshalb wieder Aktionen geben mit dem Ziel, den rechtsextremistischen Aufmarsch zu stoppen. Dieses Mal muss sich die Polizei allerdings eine neue Strategie ausdenken.

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden hat die Lage nämlich erheblich verändert. „Es wird festgestellt, dass der Beklagte es rechtswidrig unterlassen hat, durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug des Klägers am 13.2. 2010 zu gewährleisten.“ So lautet das Urteil der Richter und es bedeutet, dass die Polizei hätte durchsetzen müssen, dass die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (Kläger), demonstrieren kann.

Die Dresdner Richter folgen damit dem Bundesverfassungsgericht, das sich seit Jahrzehnten für das Demonstrationsrecht stark macht. Es ist Aufgabe der Polizei, darauf hinzuwirken, in unparteiischer Weise das Versammlungsrecht zu verwirklichen, heißt es in einem Karlsruher Urteil.

Das heißt, Gegendemonstrationen, die nur dem Zweck dienen, eine Versammlung zu verhindern, müssen von der Polizei unterbunden werden. Das Argument, der Einsatz von Gewalt gegen die Blockierer wäre damals unverhältnismäßig gewesen, lässt das Verwaltungsgericht nicht gelten. Die Polizei hätte es von vornherein nicht dazu kommen lassen dürfen, dass die beiden Lager aufeinander treffen. Eine Blockade ist zulässig, aber nur symbolisch, in gebührender Entfernung von der Versammlung.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Urteil_verteidigt_Recht_auf_Demonstration/articleid-2674432

CDU und FDP wollen Synagoge vor Nazis schützen

Die Dresdner Initiative „Bürger Courage“ fordert von OB Helma Orosz (CDU) mehr Engagement gegen Neonazis. Sprecher Christian Demuth lobte zwar den Aufruf der Rathauschefin zur Menschenkette am 13. Februar. Doch Orosz müsse aktiver gegen den zweiten Aufmarsch der Rechtsextremisten am 19. Februar vorgehen: „Eine starke und selbstbewusste Demokratie kennt keinen Terminkalender.“ Das Bündnis „Dresden nazifrei“ plant für den Tag Blockadeaktionen. Orosz hatte angekündigt, sich an Gebeten und Mahnwachen vor Dresdner Kirchen zu beteiligen. Derweil

riefen CDU und FDP die Dresdner dazu auf, sich am 19. Februar vor der Synagoge zu versammeln und so das Gebäude zu schützen. Das sei ein klares Zeichen für Versöhnung und Weltoffenheit, sagten die Parteichefs Lars Rohwer und Johannes Lohmeyer. (SZ/ale)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/CDU_und_FDP_wollen_Synagoge_vor_Nazis_schuetzen/articleid-2674431

Symbolpolitik reicht nicht gegen Nazis

Denni Klein zum Aufruf von CDU und FDP zum 19. Februar

Das kann man prinzipiell unterstützen: Dresdner, stellt euch um die Synagoge, schützt sie und setzt Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt. „Wir wollen keine rechtsextremistischen Aufmärsche in unserer Stadt. Sie gehören nicht zu uns“, schreiben die Chefs von CDU und FDP, Lars Rohwer und Johannes Lohmeyer, in ihrem Aufruf. Stimmt.

Dennoch muss die Frage erlaubt sein: Was kann die Mahnwache bewirken? Die Nazis kommen nicht an der Synagoge vorbei. Das sichert das neue Versammlungsrecht. Danach kann die Stadt rechte Aufmärsche dort verbieten. Das weiß Lars Rohwer. Er hat es im Landtag mit beschlossen. Seine Mahnwache bietet daher vor allem starke Bilder für die Abendnachrichten. Bilder mit Symbolkraft. Wichtige Bilder. Doch diese Bilder werden nicht allein stehen. Es folgen Bilder von Tausenden Nazis, die Europas größten Aufmarsch in Dresden abhalten. Daran ändert die Mahnwache nichts. Gegen Nazis reicht die Symbolpolitik von CDU und FDP nicht aus.

Lars Rohwer sollte mit allen Demokraten im Landtag gemeinsam dumpfe, rechte Parolen öffentlich entlarven. Er sollte zusammen mit Johannes Lohmeyer und anderen Spitzenpolitikern in Schulen gehen und Jugendliche aufklären. Bildungs- und Jugendpolitik sollte so ausgerichtet sein, dass Nazis keinen Zulauf mehr bekommen. Dann könnte man uneingeschränkt sagen: Gut gemacht, meine Herren.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Symbolpolitik_reicht_nicht_gegen_Nazis/articleid-2674434

Grüne rufen zum Protest gegen beide Nazi-Aufmärsche auf

Sachsens Grüne haben zum friedlichen Protest gegen die geplanten Aufmärsche von Rechtsextremisten am 13. und 19. Februar aufgerufen. „Die Menschenverachtung der Neonazis ist ein Anschlag auf unsere Demokratie und eine Bedrohung für alle, die in einer bunten und vielfältigen Gesellschaft leben wollen“, erklärte Landeschef Volkmar Zschocke. Er rief zu städte- und parteiübergreifender Zusammenarbeit auf. „Wir wollen keine Einteilung in erwünschte Menschenkettenteilnehmer und unerwünschte linke Blockierer. Es ist traurig und

beschämend, wenn die Vorsitzenden der Dresdner CDU und FDP das Engagement und die Solidarität von Nicht-Dresdnern als Demonstrationstourismus abtun und eine öffentliche Ausladung an Bürger aus anderen Städten aussprechen.“ (SZ)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2675272>

„Wir schützen die Meinungsfreiheit“

Von Alexander Schneider

Großräumige Sperrungen und noch mehr Polizisten – das droht im Februar gleich an zwei Wochenenden. Die Polizei muss rechtsextreme Demos ermöglichen. Großeinsätze der Polizei an zwei Wochenenden, mehrere Tausend Rechtsextreme und noch mehr Gegendemonstranten. Anlässlich des Gedenkens der Zerstörung Dresdens 1945 droht der Stadt ein noch heißerer Februar als 2010. Das Urteil des Verwaltungsgerichts (siehe links) hat den Druck auf die Polizei noch verstärkt.

Blockierer von Nazi-Aufzügen müssen damit rechnen, konsequent von der Polizei geräumt zu werden. Die Beamten könnten auch ganze Straßenzüge hermetisch abriegeln, um Gegendemonstranten gar nicht erst in die Nähe von Nazi-Demos kommen zu lassen. Denkbar: Es werden noch mehr Beamte als 2010 aufgeboten werden. Da waren es über 7400.

„Das Urteil hat keinen Polizisten überrascht“, sagt ein erfahrener Dresdner Einsatzbeamter. „Endlich hat jemand ausgesprochen, wie die Situation ist. Was hätte es wohl für ein Geschrei gegeben, wenn Nazis eine Linken-Demo blockieren wollten?“, fragt er. „Wir schützen nicht die Nazis. Aber es ist unsere Pflicht, das Demonstrationsrecht eines jeden zu ermöglichen.“ Der Mann bedauert, dass solche Konflikte überhaupt auf der Straße ausgetragen werden.

Alljährlich müssen er und seine Kollegen die gegnerischen Lager auf Abstand halten. Notfalls mit Gewalt. Dabei hätten seit Jahren andere versagt, die Politik, Parteien und letzten Endes die Gesellschaft. „Wenn Politiker im Landtag endlich mal wirklich die dämlichen Ideen der Nazis entlarven würden, hätten wir das Problem doch gar nicht. Aber nein, die schicken uns immer da hinein.“ In diesem Februar, fürchtet der Beamte, kommt es wieder so. Nur noch ein bisschen härter. Die Polizei wird sich nicht erneut von einem Gericht abwatschen lassen, ein Grundrecht behindert zu haben.

Laut Rüdiger Holecek, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, haben es sich die Richter zu einfach gemacht, wenn sie sagen, die Polizei müsse alle Mittel einsetzen, um den Aufzug der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) zu ermöglichen. Es könnte daher nun ein „Debakel“ geben, wenn die Polizeiführung nicht eine unglaubliche Fantasie aufbringe, sagt er.

Holecek sieht es ähnlich wie der Dresdner Polizist: „Nicht der Aufzug einer Minderheit gefährdet die Demokratie, sondern die Beschneidung der Meinungsfreiheit.“ Es sei unglaublich, dass stets der Eindruck entstünde, die Polizei habe als Einzige das Interesse, dass Nazis marschieren dürften. Dabei erwiesen

doch die Blockierer selbst der Demokratie einen Bärendienst, wenn sie die Nazis immer wieder in die Märtyrer-Rolle drängten. „Es gibt kein Widerstandsrecht, wie die Blockierer behaupten.“ Problematisch: Immer wieder mischen sich Gewalttäter unter friedliche Demonstranten. Holecek fürchtet, dass sich Letztere im Ernstfall nicht entschieden von den Gewalttätern in ihren Reihen distanzieren.

Die Lage ist jedoch komplexer als 2010: Die Dresdner Polizei bereitet seit Dezember Großeinsätze für zwei Wochenenden vor: Sie muss nicht nur am Sonntag, 13. Februar, das Gedenken und eine „kleinere“ Demo von Rechtsextremen absichern. Der sogenannte Trauermarsch, das inzwischen bundesweit größte Nazi-Treffen – findet am Sonnabend, dem 19. Februar statt. Möglicherweise wieder mit mehr als 6000 Teilnehmern.

„Unsere Führung wird alles tun, um die Demonstrationen zu ermöglichen“, schätzt der Dresdner Polizist. Ihm und seinen Kollegen drohen ruppige Wochenenden.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Wir_schuetzen_die_Meinungsfreiheit/articleid-2674429

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Stoppt die Nazis! Mehr Demos am 19. als am 13. Februar – Da braut sich was zusammen

Das Gedenken an die Bombardierung Dresden rückt immer mehr weg vom 13. Februar und hin zum 19. Februar – den Sonnabend danach. Die Stadt hat bisher 15 Anmeldungen für Veranstaltungen am 13. Februar – für den 19. Februar sind es schon 82!

Für den 19. Februar sind allein vier rechte Veranstaltungen angemeldet. Dem stehen gleich 48 Mahnwachen der Kirchen gegenüber. Dazu kommen 30 weitere Veranstaltungen, die sich teilweise vom Namen eher versteckt gegen Nazis richten – wie eine Demo für die autofreie Augustusbrücke.

FDP und CDU rufen für den Tag unter dem Motto „Wir schützen die Synagoge“ auf, sich vor der Synagoge zu versammeln. Linke-Politiker werben offen für die Blockade des Nazi-Marschs. Christian Demuth von Bürger.Courage fordert Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zu mehr Initiative auf: „Dass Frau Orosz die Menschenkette organisiert und ihre Teilnahme an den Mahnwachen der Kirchen zugesagt hat, ist ein gutes Zeichen. Aber die Oberbürgermeisterin einer Stadt, in der Europas größter Naziaufmarsch stattfindet, muss aktiver dagegen vorgehen, allen Demokraten den Rücken stärken und mehr Eigeninitiative zeigen.“

Die Menschenkette am 13. Februar soll die größte Veranstaltung werden. Erkennungszeichen ist wieder die Weiße Rose, die es ab Montag zu kaufen gibt. Infos: www.13februar.dresden.de AW
